

Von Seiten der SPD-Fraktion wird keine Zustimmung zur Änderung der Hebesätze erfolgen, da man das als falsches Signal an die Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbebetriebe erachtet.

Die UWG-Fraktion stimmt der Erhöhung der Hebesätze ebenfalls nicht zu, da der Rat vorrangig freiwillige Leistungen kürzen sollte und nicht wie im Haushaltsentwurf 2021/2022 geplant noch neue freiwillige Leistungen eingehen sollte, die dann durch Steuererhöhungen finanziert werden.

CDU-, BfM- und FDP-Fraktionen signalisieren ihre Zustimmung zur Erhöhung der Hebesätze, da diese die Stadt aus dem Haushaltssicherungskonzept führen und dadurch freiwillige Leistungen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger wie z.B. die Offene Ganztagschule möglich gemacht werden.